

LANDTAGS KURIER



Seite 4:
Landtagspräsident
betont in Neuja
hransprache die Stärke
der Demokratie



Seite 15:
Landtag und Staats
regierung gedenken
in Chemnitz der Opfer
des Holocaust



Seite 22:
Parlamentsgeschichte:
Alwin Bauer – Müllers
sohn, Abgeordneter und
Schlossbesitzer

Ausgabe
1.23



Sächsischer Landtag



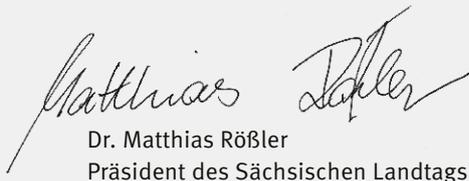
Foto: S. Giersch

Verehrte Leserinnen und Leser,

Landespolitik muss einen realistischen Blick auf die Welt haben und verantwortlich handeln. In meiner Neujahrsrede habe ich das angemahnt, denn schließlich wollen die Menschen in Sachsen ihre Lebensleistungen durch ihre politischen Repräsentanten verlässlich verteidigt wissen. Für uns Landespolitiker heißt das konkret, dass wir in allen Bereichen des täglichen Lebens darauf hinwirken, die eigene Stärke zu erhalten und auszubauen – ob nun im Sozialen, in der Wirtschaft oder bei Bildung und Innerer Sicherheit. Die in diesem Heft abgebildeten Aktuellen Debatten, unter anderem zur Lage der Bauwirtschaft, zu Lieferengpässen bei Medikamenten oder der Arztversorgung in Sachsen, beweisen, wie unmittelbar sich die Abgeordneten des Sächsischen Landtags den Themen der Zeit stellen. Oder lesen Sie die neue Reportage »Ein Tag mit ...«, in welcher diesmal die Arbeit einer Abgeordneten aus Chemnitz vorgestellt wird.

In Chemnitz, der Kulturhauptstadt des Jahres 2025, fand das diesjährige Gedenken von Landtag und Staatsregierung an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Am 27. Januar habe ich zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Chemnitzer Oberbürgermeister am Mahnmahl im Park der Opfer des Faschismus Kränze niedergelegt und angemahnt, dass wir uns der historischen Verantwortung fortwährend stellen müssen. Die Erinnerung an den Holocaust, an die Namen und erschütternden Erlebnisse der Opfer dürfen nicht verblassen. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass das Andenken an sie unvergessen bleibt. Vor allem müssen wir jeder Form von Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten. Jüdinnen und Juden sollen in unserem Land, in dem zu unserem großen Glück das jüdische Leben wieder gedeiht, ein für alle Mal sicher sein. In diesem Sinne ist auch die Erklärung gegen Antisemitismus in Europa zu verstehen, die ich gemeinsam mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage in Deutschland, Österreich sowie Südtirol unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens am 23. Januar 2023 in Brüssel unterzeichnet habe.

Über das und vieles mehr informiert Sie die neue Ausgabe des Landtagskuriers. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

AKTUELLES

»Stärke, Solidarität und Verantwortung in der Demokratie« 4

PLENUM

65. Sitzung des Sächsischen Landtags
Medikamentenmangel bereitet Kopfschmerzen
Landtag sucht nach Lösungswegen aus der Versorgungskrise 5

65. Sitzung des Sächsischen Landtags
Belastungstest für den Bau
Gebäude sollen klimafreundlicher werden und trotzdem bezahlbar bleiben 6

Hintergrundinformationen zur Bauwirtschaft in Sachsen 8

66. Sitzung des Sächsischen Landtags
Frieden mit oder ohne Waffen?
Abgeordnete debattieren über militärische Hilfen für die Ukraine 9

66. Sitzung des Sächsischen Landtags
Rezepte gegen den Ärztemangel gesucht
DIE LINKE kritisiert eine zu hohe Zahl an unbesetzten Arztstellen 10

66. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wirtschaftlicher Wandel mit Potenzial
SPD sieht Sachsen bei Zukunftsthemen gut aufgestellt 11

PARLAMENT

Europa im Fokus
Sachsen fördert Europabildung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit 12

Laufende Gesetzgebung 14

GEDENKEN

»Der historischen Verantwortung fortwährend stellen«
Landtag und Staatsregierung erinnern in Chemnitz an die Opfer des Nationalsozialismus 16

Geschichte aus dem Blick der nächsten Generation
Projekte zu Stefan Heym, den Stolpersteinen und zu Toleranz vorgestellt 18

EUROPA

Parlamentspräsidenten wollen jüdisches Leben stärker fördern
»Brüsseler Erklärung« gegen Antisemitismus beschlossen 19

EIN TAG MIT ...

»Einfach immer da«
Ein Tag mit Ines Saborowski, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 20

GESCHICHTE

Vom Müllersohn zum Schlossbesitzer
Der märchenhafte Aufstieg des Textilunternehmers und Landtagsabgeordneten Alwin Bauer 22

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags 24

Neujahrsempfang und Aktuelle Debatten zu Arzneimittelversorgung, Bauwirtschaft und Rechtsstaat

// Winterlicher Landtagsvorplatz // Foto: S. Füssel

// Zum Auftakt des neuen Jahres hielt Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler am 5. Januar 2023 seine traditionelle Neujahrsansprache. Am 1. und 2. Februar kam der Sächsische Landtag an zwei Plenartagen zusammen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem Debatten zur Lieferkettensicherheit bei Medikamenten, zum klimafreundlichen Bauen und der Bagatellgrenze bei Straftaten. //



//Dr. Matthias Röbner // Fotos: M. Rietschel

Dr. Thomas Schubert

»Stärke, Solidarität und Verantwortung in der Demokratie«

// Eine »Kultur des Wesentlichen« in der Politik, um aus eigener Stärke heraus Freiheit und Demokratie zu sichern, forderte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner in seiner Neujahrsansprache am 5. Januar 2023. //

Im Rahmen des traditionellen Neujahrsempfangs im Sächsischen Landtag warnte der Landtagspräsident davor, dem Staat zu viel aufzubürden: »Wir dürfen den Staat nicht überfordern. Vor allem aber darf der Staat die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern«, sagte Röbner vor zahlreichen Gästen in der Lobby vor dem Plenarsaal.

Zunächst jedoch lobte er den im Dezember vom Landtag verabschiedeten neuen Etat für Sachsen: »Mit diesem Doppelhaushalt überfordern wir unseren Staat nicht. Was in der momentanen Situation nur klug ist, wo wir doch auf Bundesebene Gefahr laufen, durch ausufernde Ausgabensteigerungen den Staat über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu expandieren.«

Gerade in einer Zeit voller Unsicherheiten wollten die Sachsen Stabilität, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit in ihren Lebensverhältnissen bewahren, so der Parlamentspräsident. Hier sei verantwortliche Politik gefragt. »Zweifelsohne können wir den Menschen das nicht garantieren, niemand kann das seriös, niemand kann Wunder vollbringen, aber wir können alles in unserer Macht Stehende dafür tun. Die Menschen wollen ihre Lebensleistungen durch ihre politischen Repräsentanten verlässlich verteidigt wissen.«

Dafür brauche es bei den politischen Akteuren einen realistischen Blick auf die Welt, appellierte Röbner an die Anwesenden. Angebracht sei ferner eine »neue Kultur des Wesentlichen in Verbindung mit einer Praxis der Verhältnismäßigkeit«, die Antworten auf die Fragen biete: »Was hilft uns heute? Was macht uns künftig stärker? Kurzum: Was dient unseren europäischen, deutschen und sächsischen Interessen?«

Die Demokratie, so Röbner, habe starke Institutionen, um mit den gegenwärtigen Herausforderungen fertigzuwerden. Keine Heilsversprechen zeichneten sie dabei aus, wohl aber das Versprechen, geordnet und zivilisiert auf Krisen zu reagieren, und zwar bestmöglich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Der Krieg in der Ukraine verdeutliche, wie wichtig es sei, neben geübter Solidarität besonders die Stärken Europas sowie des eigenen Landes zu erhalten und auszubauen – ob bei der Wirtschaft oder der inneren und äußeren Sicherheit. Nie dürfe man denken, Frieden, Freiheit und Wohlstand seien selbstverständlich.



// Während des Empfangs überbrachten Sternsingerkinder der Dresdner Pfarrei St. Elisabeth den Segen und sammelten Spenden.



Foto: S. Floss

65. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Medikamentenmangel bereitet Kopfschmerzen

Landtag sucht nach Lösungswegen aus der Versorgungskrise

// In der Aktuellen Stunde der 65. Sitzung am 1. Februar 2023 befasste sich der Sächsische Landtag mit zwei Debatten. Eine davon trug den Titel »Lieferengpässen entgegenwirken – Arzneimittelversorgung in ganz Sachsen sicherstellen« und entstammte einem Antrag der CDU-Fraktion. Über 400 Medikamente sind im Freistaat Sachsen derzeit nicht lieferbar. //

Krisenfeste Lieferketten

Die Versorgung mit Arzneimitteln sei essenziell für die Gesundheit unserer Bürger, stellte Alexander Dierks, CDU, zu Beginn fest. Deshalb müsse mit kurz- und langfristigen Maßnahmen auf die Lieferengpässe reagiert werden. Apotheken sollten Medikamente leichter selbst herstellen dürfen und müssten bei der Vergütung angemessen berücksichtigt werden. Weiterhin sei es wichtig, Pharmaunternehmen wieder stärker in Deutschland anzusiedeln, um Lieferketten krisenfester zu machen.

Es brauche die Produktion von lebensnotwendigen Medikamenten und Wirkstoffen in Deutschland, forderte auch Thomas Thumm, AfD. Wenn selbst Herzmedikamente, Mittel für die Krebstherapie oder Fiebersaft für Kinder nicht erhältlich seien, dann befände man sich auf dem Weg zu einem Entwicklungsland. Wirkstoffe und Medikamente, die weiterhin aus Ländern wie China und Indien

benötigt würden, sollten mit nationalen Reservebeständen abgesichert werden.

Lagerung notwendig

Susanne Schaper, DIE LINKE, bekräftigte, es sei überfällig, dass Sachsen sich bei wichtigen Arzneimitteln selbst bevorräte. Im Zuge dessen müsse endlich ein Landesgesundheitsamt geschaffen werden. Die Krankenhäuser könnten diese Aufgabe nicht leisten. Der Staat sei gefordert und solle das Land schrittweise aus dem Klammergriff der Pharmakonzerne befreien. In kaum einer anderen Branche würden Risiken so stark vergesellschaftet und zugleich Gewinne privatisiert.

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, schlug vor, eine bessere internationale Infrastruktur für die Medikamentenproduktion aufzubauen. Die Herstellung solle auf verschiedene Länder aufgeteilt werden. Neben den massenhaft genutzten Medikamenten müsse aber auch

über die ethischen Aspekte von sehr teuren Arzneimitteln gesprochen werden. Es brauche dafür einen kritischen Blick auf die tatsächlichen Kosten der Pharmaunternehmen.

Risikogruppen besonders betroffen

Die Risiken von Arzneimittelengpässen seien für gefährdete Bevölkerungsgruppen besonders hoch, warnte Simone Lang, SPD. Die Bundesregierung habe deshalb bereits reagiert und beispielsweise ein Preis moratorium für Kinderarzneimittel verkündet. Weiterhin sei vorgesehen, eine versorgungsnahe Lagerhaltung einzuführen. Um Versorgungsengpässe besser zu erkennen, erhalte das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte künftig mehr Informationsrechte gegenüber Unternehmen und Großhändlern.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, nannte eine Reihe von Maßnahmen, mit denen Sachsen auf den Mangel an Arzneimitteln reagiere. So sei der Austausch von Medikamenten zwischen Apotheken und mit anderen Bundesländern erleichtert worden, da die regionale Nachfrage durchaus stark schwanken könne. Die Herstellung in der Apotheke habe man ebenfalls rechtlich vereinfacht und eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten für Apotheken in Sachsen ermöglicht.



65. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Belastungstest für den Bau

Gebäude sollen klimafreundlicher werden und trotzdem bezahlbar bleiben

// Eine weitere Aktuelle Debatte in der Plenarsitzung am 1. Februar 2023 hatte die Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragt. Sie trug den Titel »Zukunftschancen für den Freistaat nutzen – sächsische Bauwirtschaft jetzt klimaneutral und umweltfreundlich aufstellen«. Einen Hintergrund dazu lesen Sie auf Seite 8. //

BÜNDNISGRÜNE: CO₂-freundliche Baustoffe verwenden

Als erster Redner ergriff Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, das Wort. Er wies darauf hin, dass unaufhörliches Bauen lange Zeit als Patentrezept für Wirtschaftswachstum gegolten habe. Im

Moment sei allerdings festzustellen, dass sowohl die öffentliche Hand als auch private Investoren ihre Projekte kürzten oder aufschoben. In Sachsen betreffe das vor allem die Städte Leipzig und Dresden. Die Gründe dafür lägen unter anderem bei zu teuren Baugrundstücken oder deutlich teureren Bauleis-

tungen. Durch weltweite Krisen seien etablierte Baustoffkreisläufe und Lieferketten gestört. Hinzu komme, dass nach einer langen Phase von Niedrigzinsen die Finanzierungskosten wieder anstiegen. Es müsse daher gefragt werden, ob in der unfreiwilligen Pause des Baubooms jetzt eine Chance liege. Wie

könnten Ressourcen schonender und klimafreundlicher eingesetzt werden? Denkbar sei beispielsweise die vermehrte Verwendung von Holz, Carbonbeton oder CO₂-freiem Zement.

CDU: Balanceakt bewältigen

Ingo Flemming, CDU, betonte, dass nicht die Politik die Bauwirtschaft neu aufstelle, sondern diese das schon selbst tue. Auflagen und Vorschriften engten

// Ingo Flemming

// Jan-Oliver Zwerg

// Marco Böhme

// Thomas Löser

// Volkmar Winkler // Fotos: S. Floss



die Branche eher ein. Es sei daher zuvörderst ein Vertrauen in ihre Innovationskraft notwendig. Schon heute leiste die Bauwirtschaft einen großen Beitrag zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz. Fakt sei aber auch, dass im Baubereich weiterhin ein enormes Potenzial zum Ressourcenschutz liege. Angesichts des abzubauenen Investitionsstaus bei der öffentlichen Hand, der seit Jahren gestiegenen Nachfrage nach Bauleistungen und dem ausgegebenen Ziel, in Deutschland jährlich 400 000 neue Wohnungen zu bauen, könne die Lösung aber nicht in der Reduzierung der Bautätigkeit liegen. Vielmehr müsse der schwierige Balanceakt zwischen einer weiterhin profitablen wirtschaftlichen Tätigkeit und der gleichzeitigen Transformation hin zur CO₂-Neutralität bewältigt werden.

AfD: Vorschriften verteuern das Bauen

Eines müsse von vornherein klar sein, begann Jan-Oliver Zwerg, AfD: Egal mit welchen Rohstoffen gearbeitet werde, am Ende müsse das Bauen bezahlbar bleiben. Die Auftragsengpässe in der Bauwirtschaft seien aufgrund steigender Kosten und Bauzinsen zuletzt stark zurückgegangen. Dennoch sollten die Bürger dieses Landes weiter in der Lage sein, Häuser zu bauen und andere Bauvorhaben umzusetzen. Neue Vorschriften und andere Hürden verteuerten das Bauen so sehr, dass Vermieter in Städten wie Dresden keine günstigen Mieten mehr anbieten könnten. Dabei liege der Anteil Deutschlands bei den weltweit menschenverursachten CO₂-Emissionen bei gerade einmal zwei Prozent. Der Anteil der sächsischen Bauwirtschaft verschwinde dabei im statistischen Rauschen. Grüne Zukunftsprojekte würden dementsprechend



»Die Herausforderungen des Klimawandels dürfen wir nicht in den Hintergrund drängen.«

65. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Thomas Schmidt

nicht nur den Wohnungsbau verhindern, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltig zerstören.

DIE LINKE: Verträge genau prüfen

Marco Böhme, DIE LINKE, erinnerte daran, dass die Staatsregierung, an der auch die GRÜNEN beteiligt seien, demnächst durch die Polizei mehrere Waldflächen im Dresdner Heidebogen räumen lasse. Die Anwohner kämpften seit Jahrzehnten gemeinsam mit Klimaschützern gegen den Kiesabbau vor Ort. Sie seien nicht länger bereit, dem Raubbau an der Natur tatenlos zuzusehen. Natürlich wolle man die vorhandenen einheimischen Rohstoffe nutzen und keinen Kies, beispielsweise aus China, importieren. Zugleich müssten für den Abbau aber die höchsten ökologischen Standards gelten. In Anbetracht des allgegenwärtigen Klimawandels und im Lichte getroffener Vereinbarungen, wie dem Pariser Klimaabkommen,

müsse die Bauwirtschaft genau unter die Lupe genommen werden. Es dürfe kein Tabu sein, bereits genehmigte Verträge noch einmal auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Im Zweifelsfall müsse es die Möglichkeit geben, ihnen die Genehmigung wieder zu entziehen.

SPD: Bauland für öffentliche Hand

Volkmar Winkler, SPD, bekräftigte, dass Wohnen immer mehr zu einer der großen sozialen Fragen der Zeit werde. Die sächsische Bauwirtschaft stehe aktuell gehörig unter Druck und habe mit Materialknappheit, Preissteigerungen und Bauverzögerungen zu kämpfen. Trotz alledem solle der Gebäudebestand in Deutschland bis 2045 deutlich zunehmen und dabei klimaneutral sein. Um diesen Spagat zwischen Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit zu meistern, brauche es ein ganzes Maßnahmenpaket. Spekulative Geschäfte mit Bauland und Immobilien müssten unterbunden werden. Stattdessen solle

sich die öffentliche Hand mit Flächen bevorraten. Für den sozialen Wohnungsbau brauche es steuerliche Vergünstigungen. Das Ergebnis wäre für alle Seiten positiv: Die Bauwirtschaft werde mit zeitgemäßen Bedingungen gestützt, andererseits entstehe bezahlbarer Wohnraum, der auch Arbeits- und Fachkräfte halte.

Staatsregierung: Wettstreit um Innovationen

Regionalminister Thomas Schmidt, CDU, bekräftigte die Absicht der Staatsregierung, die Bauwirtschaft mit öffentlichen Aufträgen zu stärken und so für eine stabile Auftragslage zu sorgen. Der vom Landtag beschlossene Doppelhaushalt sehe eine Investitionsquote von 17 Prozent vor und gebe damit ein deutliches Bekenntnis ab. Fördermöglichkeiten, wie beispielsweise das Investitionsgesetz der Kohleregionen oder die Städtebauförderung, unterstützten das Anliegen. Um die geplanten Investitionen mit dem Anspruch an klimaneutrales und umweltfreundliches Bauen zu verbinden, müsse es einen Wettstreit der besten Ideen geben. Davon existierten bereits viele gute Beispiele, wie etwa das Thema Carbonbeton zeige. Beim Baurecht und der Bauleitplanung habe man ebenfalls einiges auf den Weg gebracht. Die neue Bauordnung erleichtere es beispielsweise, Holzhäuser zu errichten.

FRAKTIONSAustritt Ivo Teichmann

Der Abgeordnete Ivo Teichmann hat die AfD-Fraktion verlassen. Die Landtagsfraktion besteht nunmehr aus 35 Abgeordneten. Teichmann wurde 2019 im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge 4 direkt gewählt und gehört dem Parlament künftig als fraktionsloser Abgeordneter an.

Hintergrundinformationen zur Bauwirtschaft in Sachsen

Foto: Franz Pfluegl – stock.adobe.com

Die Bauwirtschaft gehört zu den zentralen Standbeinen der sächsischen Wirtschaft.

Die 652 Betriebe im Bauhauptgewerbe, zu denen beispielsweise der Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, aber auch Dachdeckereien und Zimmereien zählen, erwirtschafteten im Jahr 2022 einen Umsatz von etwa 6,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch einmal 2,4 Milliarden Euro, die im Bauausbaugewerbe umgesetzt werden. Insgesamt arbeiten rund 57 000 Personen in der sächsischen Bauwirtschaft. Die Zahl der realisierten Baumaßnahmen im Freistaat Sachsen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Jahr 2021

wurden etwa 6 000 Gebäude und 13 000 Wohnungen neu errichtet, wie aus Daten des Statistischen Landesamts Sachsen hervorgeht.

Neben ihrer durchweg positiven Bilanz sieht sich die Bauwirtschaft in Sachsen mit großen Herausforderungen konfrontiert. Sorgen bereiten den Unternehmen aktuell insbesondere der Fachkräftemangel sowie die gestiegenen Energiekosten und Rohstoffpreise. Zwei Drittel der Betriebe rechnen für 2023 daher mit einem geringeren Umsatz als im Vorjahr. Die Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz spielen für das Bauen der Zukunft ebenfalls eine große Rolle.



// Das Carbonbetonhaus »CUBE« in Dresden // Foto: S. Gröschel

Sie stehen im Spannungsfeld zu einem weiterhin steigenden Bedarf nach Wohnraum, Schulen, Kitas und Verkehrswegen.

Angesichts dieses Interessenkonflikts hat die Bauindustrie in den vergangenen Jahren gewaltige Innovationen vorange-

trieben. So steht beispielsweise seit 2022 in Dresden das weltweit erste Haus, das aus Carbonbeton errichtet wurde. Das Gebäude »CUBE« auf dem Campus der Technischen Universität stellt einen Meilenstein auf dem Weg zum klimafreundlichen Bauen dar. Der neuartige Baustoff kann deutlich ressourcensparender eingesetzt werden als herkömmlicher Stahlbeton. Bei gleicher Stabilität sind mehr als 50 Prozent weniger Materialdicke möglich. Architekten dürften sich freuen, denn das leichte Material eröffnet völlig neue Gestaltungsspielräume beim Bauen. Fast acht Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen entstehen durch die Herstellung von Zement.

Umsatz und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe Sachsen von 2011 bis 2022



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen



// André Barth bei einer Kurzintervention // Fotos: O. Killig

66. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Frieden mit oder ohne Waffen?

Abgeordnete debattieren über militärische Hilfen für die Ukraine

// Die 66. Sitzung des Sächsischen Landtags am 2. Februar 2023 begann mit einer Aktuellen Debatte zum Thema: »Dem Frieden verpflichtet! Diplomatie statt Waffen!«. Die AfD-Fraktion hatte es auf die Tagesordnung gesetzt und bezog sich damit auf die jüngste Entscheidung der Bundesregierung, Kampfpanzer des Typs Leopard 2 an die Ukraine liefern zu wollen. //

Verlängerung des Krieges kostet Menschenleben

Mit der Lieferung von schweren Waffen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten werde Deutschland zur Kriegspartei, erklärte Jörg Urban, AfD. Damit seien Deutschland und auch Sachsen potenzielle Kriegsziele. Bis zu drei Viertel der sächsischen Bürger lehnten die Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine ab. Auch die AfD wolle keine Waffenlieferungen, sondern Diplomatie und Frieden. Das Wichtigste sei es, dass nicht noch mehr Menschen sterben müssen.

Ronny Wähner, CDU, machte deutlich, dass die Ukraine als angegriffenes Land das Recht habe, ihr Staatsgebiet zu verteidigen. Entsprechend dem Völkerrecht sei es ebenfalls zulässig, die Ukraine dabei zu unterstützen, wie es Deutschland und viele weitere Staaten machten. Es könne nicht im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft sein, dass bestehende Grenzen mit militärischen Mitteln verschoben würden. Die diplomatischen Beziehungen mit Russland müssten jedoch aufrechterhalten werden.

Keine einfachen Antworten

Seine Fraktion habe Verständnis für jene Menschen, die Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnten, so Rico Gebhardt, DIE LINKE. Der Krieg müsse enden und das Töten und Zerstören in der Ukraine aufhören. Dennoch schaue er mit Respekt auf die ukrainische Bevölkerung, die ihr Territorium tapfer verteidige. Es gebe bei diesem Thema zahlreiche Argumente zu verstehen. In einer Demokratie müsse es möglich sein, unterschiedliche Positionen abzuwägen.

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, bekräftigte ebenfalls das Recht der Ukraine, sich selbst zu verteidigen. Russland bombardiere zivile Ziele, zerstöre Infrastruktur und wolle



die Ukraine auslöschen. Waffenlieferungen seien in solchen Konfliktsituationen notwendig. Neben der militärischen Unterstützung brauche es aber auch Hilfe für die Zivilbevölkerung. Sachsen habe dazu viel beigetragen und Material, Hilfsgelder sowie Schutzkleidung und Bergungsmittel bereitgestellt.

Zweifel bleiben bestehen

Sie beneide diejenigen, die Pazifisten sind, um die Unverbrüchlichkeit und die Zweifellosigkeit ihrer Position, bekannte Hanka Kliese, SPD. Zum jetzigen Zeitpunkt könne sie aber sagen, dass sie Waffenlieferungen befürworte. Es gehe um die Lehre aus 1945, nämlich Grenzen zu respektieren, Frauen vor Vergewaltigungen zu schützen, Kinder nicht zu Waisen werden zu lassen und Männer, die ein schönes Leben vor sich hätten, nicht in den Tod zu schicken.

Innenminister Armin Schuster, CDU, führte aus, dass es der russische Präsident Wladimir Putin gewesen sei, der mehrere Abkommen gebrochen habe. Für Putin stelle der Krieg eine reale Handlungsoption dar. Damit sei er eine reale Gefahr für Europa. Deutschland benötige dringend eine neue Außen- und Sicherheitsstrategie. Diese könne nur zwischen dem Bund und den Ländern entwickelt werden. Die Ukraine brauche außerdem Sicherheitsgarantien.

Rezepte gegen den Ärztemangel gesucht

Dr. Daniel Thieme

DIE LINKE kritisiert eine zu hohe Zahl an unbesetzten Arztstellen

// Die zweite Aktuelle Debatte am 2. Februar 2023 brachte die Fraktion DIE LINKE ein. Das Thema lautete: »Warten, bis der Arzt kommt?« – Verhältnisse aktiv gestalten, statt Mangel weiter verwalten!«. In Sachsen sind gegenwärtig etwa 450 Hausarztstellen unbesetzt. //

Kurzfristige Ansätze fehlen

Susanne Schaper, DIE LINKE, verwies darauf, dass der Versorgungsgrad in manchen sächsischen Gemeinden unter 75 Prozent liege. Das Problem werde seit Jahren nicht ernsthaft angegangen. Es fehlten Ansätze, die kurzfristig Abhilfe schafften. Die Koalition könne nicht warten, bis vielleicht in zehn Jahren die Landarztquote greife. Insbesondere die Sächsische Ärztekammer und der Sächsische Hausärzteverband hätten tragfähige Vorschläge unterbreitet.

Daniela Kuge, CDU, gab sich betont zuversichtlich, dass das sächsische Landarztgesetz einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten werde. Darüber hinaus sei es wichtig, die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Eröffnen einer Hausarztpraxis attraktiv bleibe. Dies könne gerade im ländlichen Raum nur gemeinsam mit den Kommunen und den Kliniken gelingen. Zur Wahrheit gehörte aber auch, dass Patienten lernen müssten, verantwortungsvoll mit der Ressource Arzt umzugehen.

Mehr Studienplätze

Die Lage in Sachsen sei derzeit schon viel prekärer, als es der Debattentitel vermuten lasse, so Frank Schaufel, AfD. Das Problem betreffe aber nicht nur den ambulanten Bereich. Auch im stationären Betrieb stelle sich die Situation kaum besser dar. Daher sei es unstrittig, dass es mehr Studienplätze brauche. Im Jahr 2035 würden nach heutigem Planungsstand 212 Studienplätze in Sachsen fehlen. Die AfD-Fraktion setze sich dafür ein, diese Lücke umgehend zu schließen.

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, befasste sich mit der Versorgungsquote. Nach ihr hätten 95 Prozent der Menschen innerhalb von 20 Minuten Zugang zu einem Hausarzt. Doch in der Praxis sehe es deutlich anders aus, da nicht jeder ein Auto habe. Zweifelhaft seien überdies die Planungsgrundlagen der Kassenärztlichen Vereinigung. Selbst in übersorgten Gebieten müssten mitunter lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. Langfristige Terminvergaben seien ebenfalls zu unflexibel.

Zusammenarbeit fördern

Die Entwicklung der vergangenen Jahre habe innovative Kräfte freigesetzt, lobte hingegen Simone Lang, SPD. Einige Animositäten zwischen ambulanter und stationärer Versorgung seien obsolet geworden. Die medizinische Versorgung werde daher zukünftig noch mehr von Teams aus Ärzten und Ärztinnen, Pflegekräften und Physiotherapeuten abgesichert. Auf diese Weise könnten sowohl die technische Ausstattung als auch vorhandenes Know-how besser genutzt werden.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, wies auf den Bevölkerungsrückgang in Sachsen nach 1990 und die zunehmend alternde Gesellschaft hin. Die Folgen dieser Entwicklung träfen sowohl die Patienten als auch die Ärzteschaft. Bei der Gewinnung von ärztlichem Personal zähle aber nicht allein das Geld, sondern vor allem das Gesamtpaket. Dazu gehöre etwa ein Nachwuchsprogramm während der Weiterbildungszeit sowie Investitionen im Bereich der Digitalisierung.

Aktuelle Debatten als Video

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01

// Susanne Schaper, Daniela Kuge // Fotos: O. Killig

66. Sitzung des Sächsischen Landtags





66. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Henning Homann, Eric Dietrich, Mario Beger, Nico Brünler, Gerhard Liebscher, Martin Dulig // Fotos: O. Killig

Wirtschaftlicher Wandel mit Potenzial

Dr. Daniel Thieme

SPD sieht Sachsen bei Zukunftsthemen gut aufgestellt

// Die Aktuelle Stunde der 66. Sitzung des Sächsischen Landtags am 2. Februar 2023 beschloss eine Debatte der SPD-Fraktion mit dem Titel: »Die Arbeitswelt von morgen: Transformation meistern, Zukunftsindustrien ansiedeln, gute Arbeit sichern«. Sachsens Mikroelektronik-Industrie wird in den kommenden Jahren weiter wachsen. Allein der Hersteller Infineon hat kürzlich Investitionen im Umfang von fünf Milliarden Euro angekündigt. //

Chance auf Vorreiterrolle

Die industrielle Weltkarte werde gegenwärtig neu geschrieben, so Henning Homann, SPD. Um von der Entwicklung nicht abgehängt zu werden, müsse der Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen. In Sachsen seien mit der E-Mobilität, der Halbleiterindustrie und der Wasserstoffentwicklung wichtige Zukunftsbranchen angesiedelt. Erstmals habe Sachsen die Chance auf eine technologische Führungsrolle. Die wirtschaftliche Transformation gelinge jedoch nur gemeinsam mit den Beschäftigten.

Eric Dietrich, CDU, appellierte daran, bei aller Zukunftsdiskussion nicht die wirtschaftliche Basis aus dem Blick zu verlieren. Je enger die Vorgaben für Unternehmen gesetzt würden, desto weniger könnten sie sich frei entwickeln. Sachsen habe ein ausgezeichnetes Bildungssystem. Mit der dualen Berufsausbildung besitze Deutschland zudem ein Alleinstellungsmerkmal in der Welt. Diese Faktoren unterstützten dabei, den Wandel zu gestalten und Zukunftsindustrien anzusiedeln.

Sorge vor Arbeitslosigkeit

Transformation müsse nicht zwingend positiv verlaufen, mahnte Mario Beger, AfD. Spätestens beim Automobilkongress im vergangenen Jahr sei klar gewesen, dass die Zulieferindustrie in Sachsen vor tiefgreifenden Umbrüchen stehe. Elektromotoren benötigten weniger Bauteile als konventionelle Motoren. Deutlich werde das beispielsweise in Zwickau, wo das Unternehmen GKN Driveline plane, seinen Produktionsstandort zu schließen und 800 Menschen zu entlassen.

Nico Brünler, DIE LINKE, kritisierte, dass Sachsen beim Thema Digitalisierung noch lange nicht so weit sei, wie es sollte. Es gebe noch eine Menge Hausaufgaben, etwa was die öffentliche Verwaltung oder das Online-Zugangsgesetz angehe. Die Ansiedlungen von Großunternehmen der IT-Branche habe seine strategische Richtigkeit. Zugleich mache sich der Freistaat Sachsen jedoch auch erpressbar, wenn es beispielsweise um die Bereitstellung von Fördermitteln gehe.

Richtiger Umgang mit Daten

Die wirtschaftliche Transformation komme von ganz allein. Entscheidend sei allerdings, wie sie begleitet werde, sagte Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Insbesondere die Datenwirtschaft werde künftig eine immer größere Rolle spielen. Der Freistaat Sachsen müsse daher Datenkompetenz fördern. Dazu gehörten die Themen Bereitstellung und Verarbeitung sowie der Schutz von Daten. Gleichzeitig müssten die sozialen Sicherungssysteme an die neuen Formen der digitalen Arbeit angepasst werden.

Der Mensch müsse im Mittelpunkt der Transformation stehen und nicht irgendeine Sache, erklärte Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD. Es sei wichtig, das Potenzial der Menschen zu stärken und sie in dem Veränderungsprozess mitzunehmen. Deutschland müsse zu einer Weiterbildungsrepublik werden. Die Menschen bräuchten die Sicherheit, dass ihre Qualifikationen auch dem Wandel standhalten können. Die Automobilindustrie gehe in diesem Bereich mit gutem Beispiel voran.

Janina Wackernagel

Europa im Fokus

Sachsen fördert Europabildung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

// In seiner Sitzung am 18. Januar 2023 beriet der Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung in öffentlicher Sitzung zu zwei Anträgen mit europapolitischem Schwerpunkt. //

Foto: T. Schlorke

Die Koalition will den europäischen Gedanken in Sachsen weiter fördern. Dazu hatten CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD die Anträge »Gesamtkonzept Europabildung im Freistaat Sachsen umsetzen« sowie »Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Freistaates Sachsen mit der Tschechischen Republik stärken!« im Europaausschuss des Landtags aufgerufen. Zuvor hatte es bereits öffentliche Anhörungen gegeben.

Gesamtkonzept Europabildung umsetzen

Der Antrag zur Europabildung soll die Lage Sachsens als eine wichtige europäische Grenzregion würdigen. Dafür brauche es nach Ansicht der Koalition ein Gesamtkonzept, an dem mehrere Staatsministerien beteiligt sein müssten. Zur Europabildung gehören demnach nicht nur die allgemeine Förderung des europäischen Gedankens, sondern auch konkrete Austausch, Partnerprojekte, Erwachsenenfortbildungen und Städtepartnerschaften. Auch die stärkere Vernetzung von sächsischen Lehrkräften mit ihren Kollegen in anderen europäischen Ländern sei wichtig. Dementsprechend war der Ausschuss für Schule und Bildung mitberatend beteiligt.

Die Sachkundigen betonten bereits während einer vorange-



Der Sächsische Landtag hat im Dezember Gelder für die Fortsetzung des sächsischen Interrail-Programms »Saxorail«

freigegeben. Für die vom Freistaat und der EU geförderten Zugtickets können sich Jugendliche im Alter zwischen 18 und 27 Jahren bewerben. Die Gewinner können auf ausgewählten Strecken quer durch Europa reisen. Damit sollen persönliche Begegnungen über Landesgrenzen hinweg gefördert werden.

gangenen Anhörung, dass die persönliche Begegnung zwischen Menschen aus den europäischen Nachbarstaaten der Schlüssel für eine gute Zusammenarbeit sei. Sie warben für eine weitere Förderung der Nachbarsprachen schon im Kindergartenalter sowie die Stärkung der europäischen Bildungspolitik im sächsischen Lehramtsstudium.

Die Staatsregierung erklärte in ihrer Stellungnahme zum

Antrag, eine Bestandsaufnahme europapolitischer Bildungsangebote vornehmen zu wollen. DIE LINKE signalisierte in der abschließenden Beratung, dem Antrag zuzustimmen, da man den Gedanken einer erfahrbaren Europabildung unterstütze. Kritisch zeigte sich hingegen die AfD-Fraktion. Sie hinterfragte, ob es für das Anliegen überhaupt genug Kapazitäten im sächsischen Bildungssystem gebe.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll
der Anhörung





Foto: Andrea Arnold – stock.adobe.com

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen

Neben dem Ausbau der Europa-bildung fordern die Koalitions-fractionen in einem zweiten Antrag die Staatsregierung auf, einen umfassenden Bericht über die Beziehungen Sachsens zur Tschechischen Republik vor-zulegen. Dieser soll Vorschläge für die Stärkung der grenzüber-schreitenden Zusammenarbeit beinhalten.

Als besonderer Gast im Europaausschuss war am 30. September 2022 der Bot-schafter der Tschechischen Republik, Tomáš Kafka, in einer Anhörung geladen. Mit Verweis auf den russischen Krieg gegen die Ukraine betonte er, wie wichtig nachbarschaftliche Stabilität als Gegenstück zu den Unsicherheiten in der neu- en sicherheitspolitischen Lage in Europa sei. Auch die gegen- seitige Unterstützung während der grenzübergreifenden Wald-brände im Sommer 2022 habe gezeigt, dass man füreinander da sein müsse.

// Botschafter Thomáš Kafka bei seinem Besuch am 22. Juni 2022 // Foto: Landtag



Verlässliche Förderung

Weitere Sachkundige forderten, junge Menschen noch stärker an die jeweilige Nachbarspra- che heranzuführen. Deutsch als Fremdsprache interessiere heute nur noch wenige junge Tschechen. Doch gerade für die kommunalen Verwaltungen im Grenzgebiet sei es äußerst vorteilhaft, direkt miteinander kommunizieren zu können. Hierzu wurden ver-

schiedene Ideen vorgestellt, um insbesondere Sprachlehrer beiderseits der Grenze mit- einander zu vernetzen. Um die vielen bestehenden deutsch- tschechischen Projekte zu stärken, forderten die Sachkun- digen eine Verstetigung der Förderung – auch, um den Part- nern Verlässlichkeit zu signali- sieren. Die Koalitionsfraktionen regten in der abschließenden Beratung des Ausschusses am 18. Januar 2023 ebenfalls an, möglichst viele Initiativen auch zukünftig zu fördern. Die AfD-Fraktion bemängelte, der Antrag berücksichtige den grenz- überschreitenden Brand- und Katastrophenschutz sowie das Thema Migration nicht ausrei- chend. Die Staatsregierung kündigte indes an, den Landtag über geplante Maßnahmen und beabsichtigte Änderungen bezüglich der gemeinsamen Er- klärung zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik zu informieren.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll der Anhörung

ZUM NACHLESEN

Stellungnahme Staatsregierung zum Antrag



Grenznahe Zusammenarbeit in der Bildungspraxis

Am Friedrich-Schiller-Gym- nasium Pirna gibt es eine deutschlandweit einmalige binational-bilinguale deutsch- tschechische Ausbildung. Das heißt, dass Schülerinnen und Schüler bereits ab der 5. Klasse Tschechisch als zweite Fremd- sprache lernen und diese in einigen Fächern sowie in ihrer Freizeit anwenden. Ab der 7. Stufe kommen dann zu jeder Klasse tschechische Schüler hinzu, die im Internat in Pirna leben. Auf diese Weise lernen besonders deutsche Schüler die tschechische Kultur intensiv kennen. Das Abiturzeugnis wird sowohl in Deutschland als auch in der Tschechischen Republik vollwertig anerkannt.

Der Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung sprach dem Sächsischen Landtag für beide Anträge die Empfehlung aus, sie anzunehmen.

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen, 7/10618 DIE LINKE	Mit der Novellierung sollen bei Vergabeentscheidungen künftig soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte berücksichtigt werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 17. Januar 2023
Gesetz zur Beschleunigung der Entscheidungen über Anträge auf Zuwendungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Zuwendungsbeschleunigungsgesetz – SächsZuwendBeschleunG), 7/10914 DIE LINKE	Die geplanten Regelungen verfolgen das Ziel, die Behördenpraxis bei der Bewilligung von Fördermitteln zu vereinfachen und zu beschleunigen.	Öffentliche Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss am 18. Januar 2023
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPlG), 7/10995 AfD	Nach dem Gesetzentwurf soll der regelmäßige Raumordnungsbericht an den Landtag künftig auch die Entwicklung der Gemeinden berücksichtigen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Regionalentwicklung am 20. Januar 2023
Gesetz zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, 7/11327 Staatsregierung	Der Staatsvertrag setzt die erste Phase der Reform von Auftrag und Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um. Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 16. Januar 2023
Gesetz zur Neuregelung des Lebensmittel-, Futtermittel- und Tabakrechts im Freistaat Sachsen, 7/11290 Staatsregierung	Die grundlegende Überarbeitung berücksichtigt aktuelle Entwicklungen auf Bundes- und EU-Ebene. Insbesondere soll eine »Interdisziplinäre Kontrolleinheit für die Lebensmittelsicherheit« eingerichtet werden, die bei Ereignisfällen und Krisen als zentrale Vollzugsbehörde Gesundheitsgefahren abwenden soll.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 16. Januar 2023
Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen, 7/11881 Staatsregierung	Mit der Novellierung sollen u. a. die Hochschulen leistungsfähiger und autonomer, die Bedingungen für die Beschäftigten verbessert und die Zusammenarbeit europäischer Hochschulen gefördert werden.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 17. Januar 2023
Gesetz über die berufsständische Vertretung der Heilberufe im Freistaat Sachsen, 7/11882 Staatsregierung	Ziele der Neuregelung sind, den Patienten- und Datenschutz zu aktualisieren, EU-Rechtskonformität der tierärztlichen Berufsausübung in Privatrechtsform herzustellen sowie bundesrechtliche Änderungen nachzuvollziehen.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 27. Dezember 2022
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierschutzgesetz und zu weiteren tierschutzrechtlichen Vorschriften, 7/12058 Staatsregierung	Mit dem Gesetzentwurf wird ein Verweisungsfehler korrigiert, indem der Landesdirektion Sachsen nun die vollumfängliche Zuständigkeit zur Überwachung von Zucht-, Liefer- und Verwendereinrichtungen übertragen wird.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 10. Januar 2023
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen, 7/12227 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die personelle Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen soll verbessert und die gestiegenen Personal- und Sachkosten durch eine Erhöhung des Landeszuschusses ausgeglichen werden.	Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung (ffd.) und den Haushalts- und Finanzausschuss am 19. Januar 2023

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an den Glücksspielstaatsvertrag 2021, 7/6895 Staatsregierung	Mit dem geänderten Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag sollen unter anderem der Spielerschutz und die Suchtprävention weiter gestärkt werden.	angenommen
Gesetz über die Gewährung einer Energiepreispauschale an sächsische Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (Sächsisches Energiepreispauschale-Gesetz – SächsEPPG), 7/12096 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Versorgungsbeziehende des Landes und der sächsischen Kommunen erhalten zur Abmilderung der gestiegenen Energiekosten eine einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 2. Februar 2023.

Gedenken an die Toten als Mahnung für die Lebenden

SIE STARBEN
DAMIT IHR WELTERLEBT

Foto: T. Schlorke

// Von den einst über 2000 Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Chemnitz überlebten den Holocaust nur sehr wenige. Eine davon ist Renate Aris. Ihr größter Wunsch sei heute der Frieden in Europa, sagte sie in ihrer Rede auf der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2023 in Chemnitz. //



Fotos: T. Schlorke

Dr. Daniel Thieme

»Der historischen Verantwortung fortwährend stellen«

Landtag und Staatsregierung erinnern in Chemnitz an die Opfer des Nationalsozialismus

// Seit 1996 ist der 27. Januar in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum markiert die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahre 1945. Aus diesem Anlass fanden an mehreren Orten in Sachsen Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen statt. //

Die Stimmung des Tages untermalten die äußeren Umstände dieser Jahreszeit. Über der Stadt Chemnitz lag am 27. Januar 2023 ein kaltes, trübes Wintergrau. Am Mahnmal im Park der Opfer des Faschismus legten Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, Ministerpräsident Michael Kretschmer und der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze Kränze nieder. Gekommen waren auch Abgeordnete des Sächsischen Landtags, Mitglieder des Bundestages sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Stadtratsfraktionen sowie Schülerinnen und Schüler des Georgius-Agricola-Gymnasiums.

Jeder Mensch hat die gleichen Rechte

Der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze richtete seine Begrüßung insbesondere an die anwesenden Schülerinnen und Schüler. Er betonte, dass es zukünftig ihnen zufallen werde, das Gedenken an die Millionen Opfer des Faschismus wachzuhalten. Die Angesprochenen trugen während der Veranstaltung mehrere eigene Texte vor.

An das Schicksal insbesondere der Jüdinnen und Juden erinnerte Ministerpräsident Michael Kretschmer. Ihnen hätten die Nationalsozialisten nach und nach ihre Rechte genommen. »Sie durften am öffentlichen

Leben nicht mehr teilnehmen. Stück für Stück wurden sie ausgegrenzt, bis sie nicht mehr dazugehörten.« Wer Rechte habe, dem werde auch zuge-

standen, sich verteidigen zu dürfen. Wem sie aber abgesprochen würden, dessen Klage werde von keinem Gericht angenommen.

// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler





RENATE ARIS

Die letzte lebende jüdische Zeitzeugin aus dem Raum Chemnitz/Dresden, Renate Aris, entkam einer drohenden Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt im Februar 1945. Während der Bombenangriffe floh sie mit ihrer Mutter und ihrem Bruder aus Dresden. Die Familie konnte sich bei Freunden verstecken und so das Ende der nationalsozialistischen Diktatur erleben. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm Familie Aris Verantwortung in der neu gegründeten Jüdischen Gemeinde in Dresden. Renate Aris, die aus beruflichen Gründen während der 1960er-Jahre nach Karl-Marx-Stadt zog, wurde auch in der dortigen Gemeinde, die kaum mehr als 20 Mitglieder zählte, rasch aktiv.

Seit vielen Jahren berichtet Renate Aris in Schulen von ihrem wechselvollen Leben. In der neuen Chemnitzer Synagoge organisiert sie regelmäßig Führungen. Sie ist Trägerin des Sächsischen Verdienstordens.

// Berührte die Zuhörer mit ihren Worten: Renate Aris

Nicht nur am heutigen Gedenktag stehe daher fest: »Wer anderen Menschen das Recht abspricht, das eigene Leben und die Geschicke des Landes in Freiheit zu gestalten, der bricht mit der Zivilisation. Wir tun deshalb gut daran, unseren Rechtsstaat zu respektieren, ihn zu schützen und die Möglichkeiten zur offenen und freien Debatte wahrzunehmen«, so Kretschmer.

Jüdisches Leben in der Demokratie schützen

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller betonte: »Der heutige Gedenktag konfrontiert uns mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Er lässt uns in den Abgrund des Bösen blicken: der Geringschätzung menschlichen Lebens und seiner millionenfachen

willkürlichen Vernichtung.« Daher sei es unerlässlich, sich der Verantwortung, die mit diesem Tag einhergehe, fortwährend zu stellen. Im Hinblick auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten vor 90 Jahren betonte der Parlamentspräsident: »Die Vorgänge von damals zeigen uns, wie schnell eine unsichere, eine geschwächte Demokratie beseitigt werden kann. In unseren Händen liegt es daher, die heutige Demokratie entschlossen zu verteidigen sowie Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen.«

Röbller würdigte zudem, dass nach dem Zivilisationsbruch des Holocaust das jüdische Leben in Sachsen seit längerem wieder neu aufblühe. »Jüdinnen und Juden bereichern mit ihrem Glauben und ihren Traditionen unsere Gesellschaft. Sie dürfen wissen, dass unser Rechtsstaat, in dem wir heute gemeinsam leben, eine wehrhafte und starke Demokratie ist.«

Entrechtung durch die Nationalsozialisten

Besondere Aufmerksamkeit erhielt auf der Gedenkveranstaltung die Holocaust-Überlebende Renate Aris. Sie berichtete davon, wie sie als Kind von den Nationalsozialisten entrechtet wurde. Ab ihrem sechsten Lebensjahr musste sie sich den Judenstern anheften und konnte auch nicht die Schule besuchen. »Jedes Jahr mussten wir neue Erniedrigungen ertragen«, sagte die 87-jährige Zeitzeugin. Für sie sei es daher nach der Befreiung das größte Glück gewesen, »endlich in die Schule zu gehen«.

Das gegenwärtige Zeitgeschehen kommentierte Renate Aris ebenfalls. Es sei ihr größter Wunsch, dass der verbrecherische Krieg in der Ukraine ende und Frieden in Europa und auf der Welt herrsche.



Dr. Daniel Thieme

Geschichte aus dem Blick der nächsten Generation

Projekte zu Stefan Heym, den Stolpersteinen und zu Toleranz vorgestellt



Fotos: T. Schlorke

// Schülerinnen und Schüler des Chemnitzer Georgius-Agricola-Gymnasiums befassen sich in gesellschaftspolitischen Arbeiten mit dem Nationalsozialismus. Ihre Projekte stellten sie im Anschluss an die Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2023 vor. //

In der Schule, die in unmittelbarer Nähe zum Park der Opfer des Faschismus liegt, nahmen sich der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze, Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Michael Kretschmer Zeit für ein Gespräch. Neben den Schülern und den sie unterstützenden Lehrerinnen, freute sich auch

die Direktorin des Gymnasiums, Silvia Fehlberg, über den prominenten Besuch.

Eines der Projekte trägt den Titel »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage – Demokratie leben«. Dabei handelt es sich um ein bereits seit einigen Jahren gut etabliertes und facettenreiches Projekt. Es soll ein offenes Miteinander,

Respekt und Toleranz an der Schule fördern. Umgesetzt wird es unter anderem durch Kurse und Seminare, einen jährlich stattfindenden »Toleranztag«, Weiterbildungen für Lehrer sowie Vernetzungstreffen der Schüler mit Initiativen und Vereinen der Stadt Chemnitz.

Weiterhin reinigen Schüler der Geschichts-AG monatlich Stolpersteine in Chemnitz. In ihrem Projekt geht es aber noch um mehr. Sie recherchieren die Geschichten der Menschen, an die die Stolpersteine erin-

nern und kommen mit Zeitzeugen und deren Verwandten ins Gespräch.

Im »Stefan-Heym-Kunstprojekt« beschäftigen sich Schüler mit Büchern des Chemnitzer Schriftstellers. Gerade sind sie dabei, Plakate und Broschüren zu gestalten, die im Rahmen der Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 veröffentlicht werden sollen. Der Ehrenbürger Stefan Heym wurde 1913 in Chemnitz geboren und emigrierte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aus Deutschland.

KRANZNIEDERLEGUNG IN DRESDEN

Am Nachmittag des 27. Januar 2023 nahm Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner gemeinsam mit Staatsminister Christian Piwarz und Oberbürgermeister Dirk Hilbert am Holocaust-Gedenken der Stadt Dresden in der Gedenkstätte Münchner Platz teil. An diesem Ort wurden während der Zeit des Nationalsozialismus Menschen hingerichtet, die sich dem Nationalsozialismus aktiv und organisiert widersetzen. Darunter waren unter anderem Angehörige tschechischer und polnischer Widerstandsgruppen sowie Angehörige aus den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung.

Foto: J. Männel





// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler im Kreise seiner Amtskolleginnen und -kollegen //
Foto: Landtag NRW, B. Schälte

Dr. Daniel Thieme

ZUM NACHLESEN

Wortlaut der
»Brüsseler
Erklärung«



Parlamentspräsidenten wollen jüdisches Leben stärker fördern

»Brüsseler Erklärung« gegen Antisemitismus beschlossen

Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen der deutschen und österreichischen Bundesländer sowie den Spitzen von Bundestag und Bundesrat nahm Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler an der Landtagspräsidentenkonferenz Anfang Januar teil. In Brüssel, wo auch der Sitz der EU-Kommission ist, besuchten die Präsidentinnen und Präsidenten das Flämische Parlament. Außerdem trafen sie den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien, Martin Kotthaus, zu einem Gespräch.

Am Ende ihrer zweitägigen Tagung gaben die Parlamentspräsidenten die »Brüsseler Erklärung« ab. Darin stellen sie sich hinter die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und sprechen sich für eine weitergehende Förderung jüdischen Lebens aus. Landtagspräsident Dr. Rößler sagte: »Es ist wichtig, dass sich auch die

// Die Landtagspräsidentenkonferenz tagte anlässlich ihrer Europa-Konferenz am 22. und 23. Januar 2023 in Brüssel. Die Präsidentinnen und Präsidenten verabschiedeten eine Erklärung, in der sie wachsenden Antisemitismus scharf verurteilen und sich für eine stärkere Förderung des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur aussprechen. //

deutschen Landesparlamente am Kampf gegen den stärker werdenden Antisemitismus beteiligen. Die entsprechende Strategie der Europäischen Kommission ist dafür eine gute Grundlage. Als Sächsischer Landtag sehen wir uns dabei auf gutem Weg: Wir vergessen nie die Opfer des jüdischen Volkes in der Zeit des Nationalsozialismus und gedenken ihrer jedes Jahr am 27. Januar. Wir arbeiten eng mit den jüdischen Gemeinden in Sachsen und mit israelischen Vereinen zusammen.«

Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßten ferner die Absicht der Europäischen Kom-

mission zur interdisziplinären grenz- und länderübergreifenden wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ursachen von Antisemitismus. Bei der Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse komme der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu.

LANDTAGSPRÄSIDENTENKONFERENZ

MITGLIEDER

- die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente
- die Präsidentin des Südtiroler Landtages
- die Präsidentin des Deutschen Bundestages
- die Präsidenten des deutschen und österreichischen Bundesrates

AUFGABEN

- koordiniert Interessen der deutschen Landesparlamente
- behandelt insbesondere Fragen zur Arbeit, Stellung und zu den Aufgaben der Landesparlamente, zu Fragen des Föderalismus sowie des Parlaments- und des Abgeordnetenrechts



Fotos: T. Schlorke

»Einfach immer da«

Katja Ciesluk / Tina Kablau

Ein Tag mit Ines Saborowski, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

// Zuhören, anpacken, da sein – so lässt sich der Politikstil von Ines Saborowski (CDU) auf den Punkt bringen. Seit 2009 vertritt die Abgeordnete ihren Wahlkreis Chemnitz 3 als Direktkandidatin im Sächsischen Landtag. Dort, bei den Menschen im Wahlkreis, liegt auch eindeutig der Fokus ihrer politischen Arbeit. In Dresden tritt die 55-Jährige hingegen weniger in die erste Reihe oder mediales Scheinwerferlicht. Wir haben Ines Saborowski zu einer Ausschusssitzung im Parlament sowie zu mehreren Terminen in ihrer Heimatstadt Chemnitz begleitet. //

Ein unerwartetes Dankeschön

Blumen sagen mehr als tausend Worte. Noch stehen sie – vermeintlich unbemerkt – in der Ecke des Wahlkreisbüros, wo Ines Saborowski gemeinsam mit Vertretern der Bürgerinitiative »Hochwasserschutz Würschnitztal« heute hohen Besuch erwartet. Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sein Kommen zugesagt, um Rede und Antwort zu einem nicht genehmigten Regenrückhaltebecken an der Würschnitz zu stehen, das Chemnitz im Fall von Starkregen vor Überflutungen schützen soll. Als Kretschmer eintrifft, holt der Vorsitzende Ralf Kirchübel die Blumen hervor. Ein Zeichen der Wertschät-



zung dafür, dass sich der Ministerpräsident die Zeit nimmt, so wäre zu vermuten. Über das persönliche Gespräch, abseits der Öffentlichkeit, freuen sich die Initiatoren in der Tat sehr, doch die Blumen, die sind für eine andere. »Wir

haben in den vergangenen Jahren viele hochrangige Amtsträger getroffen – Bürgermeister, Minister und heute sogar den Ministerpräsidenten«, berichtet der Chef der Bürgerinitiative. »Aber es gibt eine, die seit zwölf Jahren ununterbrochen

an unserer Seite steht und immer ein offenes Ohr für uns hat. Dafür danken wir dir, liebe Ines, von Herzen«, und drückt der völlig überraschten Besenkten den Blumenstrauß in die Hand. Kretschmer quittiert die Szene mit einem Lächeln. Er und seine Partei wissen, was sie an Saborowski haben.

Anschließend gehört die Bühne dem Ministerpräsidenten und der Bürgerinitiative. Ausführlich schildert der Vorsitzende das Problem. Seit der Überschwemmung 2011 kämpft die Initiative für ein Regenrückhaltebecken, das die Behörden nach eingehender Prüfung nicht genehmigt haben. Kretschmer kennt die Knackpunkte. Die Hoffnung der Bürgerinitiative, dass sein Besuch die Entschei-



ding in ihrem Sinne ändert, wird sich wohl nicht erfüllen. Das sagt Kretschmer ebenso freundlich wie deutlich, verspricht aber, dass mit den Entscheidungsträgern vor Ort nach machbaren Alternativen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes gesucht wird.

Das Büro von Saborowski wird unterdessen immer unruhiger. Zeitverzug. Rund hundert hiesige Unternehmerinnen und Unternehmer, gemeinsam eingeladen von den drei CDU-Landtagsabgeordneten der Stadt, warten im Chemieanlagenbau Chemnitz (CAC) auf den Ministerpräsidenten. Allzu lange sollte man deren Geduld nicht herausfordern, also geht es weiter. Knapp zwei Stunden diskutiert Kretschmer hier mit den Anwesenden. Es geht um die aktuelle Situation der Unternehmen und die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, um Energiekrise, Fachkräftemangel, Lieferketten und Bürokratie – alles Wirtschaftsthemen, die auch für Ines Saborowski vertrautes Terrain sind.



Foto: S. Floss

Ortswechsel – Ausschusssitzung im Sächsischen Landtag

Tags zuvor: Es ist Ausschusssitzung im Parlament in Dresden. Die Vorsitzende Ines Saborowski begrüßt die Anwesenden und los geht es. Erster Tagesordnungspunkt des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist eine Anhörung zu einem Gesetzentwurf der Opposition zum Vergaberecht. Seit Jahren drängt die Linksfraktion darauf, dass neben dem Preis Standards wie faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, aber auch Klimaschutz und Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Sachverständige sowie andere Fraktionen weisen hingegen darauf hin, dass man das Vergaberecht vor

allem nicht noch komplizierter und bürokratischer gestalten dürfte, da dies kleinere Handwerksbetriebe und Mittelständler zunehmend von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen abschrecke. Im Grunde genommen liegen die Positionen inhaltlich gar nicht so weit auseinander, sondern es dreht sich am Ende vor allem um die Frage, was wie detailliert wo geregelt wird. »Braucht es weitere gesetzliche Rahmenbedingungen für öffentliche Vergaben oder bieten nicht schon allein die exakte Definition des Leistungsgegenstandes und die Gewichtung der Zuschlagskriterien genügend Spielraum, den Auftraggeber bereits heute ausschöpfen können«, fasst

zeit ihrem Hund sowie dem jüngsten Familienzuwachs, ihrem Enkelkind, gehört.

Mit den Worten: »Hier ist meine Arbeit!«, erläutert uns Ines Saborowski den Grund für die letzte Veranstaltung, auf die wir sie für unsere Reportage begleiten dürfen. In den zurückliegenden Monaten seien über einhundert Briefe von verzweifelten Eltern schulpflichtiger Kinder in ihrem Wahlkreisbüro eingegangen. Dass jedoch der Redebedarf der Eltern, Lehrer sowie Schüler und Studierenden an diesem Abend so groß sein würde, dass das Gespräch mit Kultusminister Christian Piwarz kurzerhand in den Keller des Turm-Brauhauses verlegt wird,



Foto: S. Floss

die Abgeordnete für uns das komplexe Thema zusammen.

Zeit für Politik

Engagiert war Ines Saborowski schon immer, aktiv in der Politik mischt sie seit gut 20 Jahren mit: zunächst ausschließlich kommunal, seit 2009 zusätzlich im Landesparlament. »Meine Tochter war mittlerweile ein Teenager und das eröffnete mir die notwendigen Freiräume, um meinen geregelten Job als Medizinisch-technische Laborantin (MTA/L) beim DRK-Blutspendedienst hinter mir zu lassen und mich um ein Abgeordnetenmandat zu bewerben«, berichtet die Politikerin, deren wenige Frei-

ahnte selbst Ines Saborowski vor dem Treffen noch nicht. Mehr als 70 Bürgerinnen und Bürger konfrontieren den Kultusminister drei Stunden am Stück mit den Folgen des Lehrermangels an den Chemnitzer Schulen – nicht ohne selbst Lösungsvorschläge anzubringen. Piwarz fasst die Problematik gegen Ende der Veranstaltung treffend zusammen: »Die Köpfe zu finden, das wird das Problem.« Obwohl auch hier der Minister im Fokus stand, wurde schnell klar, dass die Bürgerinnen und Bürger Saborowski ausgesprochen dankbar sind, dass sie zusammen mit ihren Fraktionskollegen dieses Gespräch initiierte. Für die Chemnitzer eine wichtige Verbindung nach Dresden.



Dr. Birgit Finger

Vom Müllerssohn zum Schlossbesitzer

Der märchenhafte Aufstieg des Textilunternehmers und Landtagsabgeordneten Alwin Bauer

// Alwin Bauer // Foto: Curt Bauer GmbH



// Gegen Ende des Ersten Weltkriegs und vor dem Hintergrund einer drohenden Weltwirtschaftskrise kauft der Müllerssohn Alwin Bauer dem sächsischen Prinzen ein ganzes Schloss samt Park und Rittergütern ab. Es sind harte Zeiten, doch der erfolgreiche Textilunternehmer und Landtagsabgeordnete aus Aue weiß die Zeichen richtig zu deuten. Seine Karriere klingt fast wie im Märchen, doch in Sachsen gibt es einige solcher Erfolgsgeschichten. //

Kindheit und Ausbildung

Am 30. April 1856 kommt Emil Alwin Bauer als Sohn eines Müllers in Schönfels, einem Dorf zwischen dem sächsischen Vogtland und dem Erzgebirge, zur Welt. Einer seiner Taufpaten ist Wollenweber und Faktor. Brachte er vielleicht sein Patenkind auf die Idee, Weber und Kaufmann zu werden? Vermutlich genießt Alwin Bauer eine gute Schulbildung. In den Volksschulen erhalten die Kinder zu dieser Zeit grundlegendes Wissen. Ganz sicher ist er fleißig und zielstrebig. Doch vielleicht hat er auch ein bisschen Glück? Denn wohl kaum ist es einem Müllerssohn in die Wiege gelegt, einmal Textilfabrikant und Schlossbesitzer zu werden.

Karriere in Aue

Nach seinem Schulabschluss erlernt Alwin Bauer im etwa 30 Kilometer entfernten Aue den Beruf eines Webers und Kaufmanns. Sein Ausbildungsort, die Geißlersche Weberei in der Langmühle, ist eine mechanische Weberei mit 128 Webstühlen. 1882 gründet Alwin Bauer gemeinsam mit Samuel Wolle aus Berlin eine Baumwollweberei. Er ist zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 25 Jahre alt. Der Betrieb stellt Damaste für Tisch- und Bettwäsche, Konfektionsstoffe und Frottiergewebe her. 1912 beträgt Alwin Bauers Vermögen bereits 1,3 Millionen Mark, sein jährliches Einkommen beläuft sich auf 110.000 Mark. Seit 1926 befindet sich die Firma im Alleinbesitz der Familie Bauer und agiert unter dem Firmennamen

S. Wolle GmbH. In der Firma gibt es eine Werksküche und einen Speisesaal, Betriebskrankenkasse und Altersversorgung. Alwin Bauer schenkt der Stadt ein Grundstück, auf dem eine Webereifachschule eingerichtet wird. 1915 überträgt er seinem Sohn Curt die Leitung der Fabrik. Bis zu seinem Tod behält er jedoch die Mehrheit der Gesellschafteranteile am Stammkapital der Firmen in Aue, Eibau und Berlin.

Politisches Engagement

Alwin Bauer engagiert sich politisch in seiner Heimatstadt, aber auch sachsenweit. Ab 1905 bis zu seinem Tod ist er Vorstandsmitglied des Verbandes Sächsischer Industrieller. 1908 gründet er die Auer Ortsgruppe. Zusätzlich wirkt er als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Chemnitzer Bankvereins. Er ist Stadtrat seiner Heimatstadt und sitzt von 1907 bis 1918 als Vertreter des

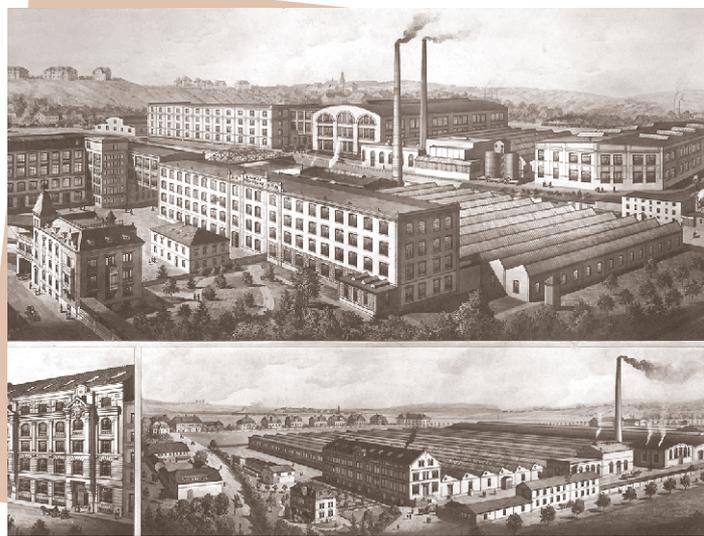
20. städtischen Wahlkreises als Abgeordneter in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages als Nationalliberaler. Eine Sitzordnung der Zweiten Kammer von 1915 zeigt ihn auf Platz 60. Während der Landtagssitzungen wohnt er im Dresdner Hotel »Europäischer Hof«. Weil er etwas von Wirtschaft und Finanzen versteht, ist er Mitglied in der Finanzdeputation A. Er wirkt auch in der Rechenschaftsdeputation mit. Zahlreiche seiner Redebeiträge sind überliefert. Sie handeln vom Haushalt der Staatsregierung. Es geht unter anderem um die Bewilligung des Etats der Hochbauverwaltung im Finanzministerium für die Staatsoper. Alwin Bauer setzt sich dafür ein, dass der Staat für Reparaturen aufkommt. Er vermisst das Entgegenkommen der Regierung bei anderen Problemen, wie die Verlegung des Feiertages Hohnenuejahr, die Pension für Nadelarbeitslehrerinnen, Wegebauunterstützung, Unterstützung für Handels- und Gewerbeschu-

len, den Straßenbau und so weiter. Er spricht auch über Staatsanleihen, lobt Überschüsse und Vermögenszuwachs und vergleicht die Pro-Kopf-Veranschuldung Sachsens und Preußens. Es geht ihm unter anderem um die Zuschüsse für die Leipziger Zeitung und das Dresdner Journal und die Frage, ob beide Regierungsblätter überhaupt gebraucht würden. Ein besonderes Anliegen sind ihm die notleidenden Zweige der Textilindustrie. Er erwähnt auch die positiven Folgen der Heimatschutzbewegung. Es sind also vor allem tagespolitische Themen, die Alwin Bauer als Landtagsabgeordneten beschäftigt.

Seit 1914 herrscht Krieg in Europa. Alwin Bauer reist in die Schweiz und berät sich dort mit Fachleuten über sichere Geldanlagen. Am 26. Januar 1917 schreibt er an das Sächsische Finanzministerium sechs Seiten

kauft er 1909 das sogenannte Mohrenhaus in Niederlöbnitz bei Dresden – ein burgartiges Herrenhaus, das er nach zahlreichen Umbauten durch den Dresdner Architekten Max Herfurt mit seiner Familie bewohnt.

Von 126 Textilfabrikanten in Sachsen sind 61 Abgeordnete im Sächsischen Landtag. Alwin Bauer präsentiert den Bereich der Weberei. Zahlreiche der Abgeordneten aus der Unternehmerschaft erhalten den Titel königlich-sächsischer Kommerzienrat für ihre Stiftungen und wohlthätige Zwecke. Alwin Bauer erhält den Titel 1909. Beim Kauf des Schlosses Weesenstein, 1917, ist er dann schon Geheimer Kommerzienrat, die nächsthöhere Stufe. Diese verleiht Hofrang, das heißt, die Geehrten bekamen Zugang zum gesellschaftlichen Leben am Königshof. Mehrfach ist Alwin Bauer bei Königessen im Dresdner Schloss eingeladen.



// Firmengelände Curt Bauer GmbH // Foto: Curt Bauer GmbH

über deutsche Valuta in der Schweiz. Ihn besorgt der Wertverfall der deutschen Zahlungsmittel und er unterbreitet Vorschläge gegenüber der Regierung, die allerdings keinen Handlungsbedarf sieht.

Vermutlich wegen seiner Tätigkeit im Sächsischen Landtag

Der Kauf von Schloss Weesenstein

1917 verkauft Prinz Johann Georg von Sachsen ohne großes Aufsehen Schloss Weesenstein mit allen seinen landwirtschaftlichen Gütern an den Textilunternehmer Alwin Bauer. Auch



// Historische Postkarte von Schloss Weesenstein // Foto: Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen

nach dem Besitzerwechsel ist die Besichtigung der Wohn- und Bürgräume weiterhin möglich. Auch der Park bleibt für die Öffentlichkeit zugänglich. Der neue Besitzer möchte das Schloss zunächst nicht bewohnen. Es ist altmodisch eingerichtet und bietet keinen Komfort, kein fließendes Wasser und keinen Strom. Ihm geht es vor allem um die dazugehörigen Ländereien und die Wertanlage seines Geldes in unsicheren Zeiten. Er sieht die Inflation der Weltwirtschaftskrise kommen.

Später entschließt sich Alwin Bauer jedoch zum Umbau. Die nicht verwirklichten Pläne von Max Herfurt lassen ein gutbürgerliches Heim, selbstverständlich mit Heizung und Wasserleitung, ahnen. Empfangszimmer, Salon, Herrenzimmer, Damenzimmer und Ankleidezimmer, Fremdenzimmer und Dienerkammern sind vorgesehen. Am 2. Februar 1928 stirbt Alwin Bauer – überraschend, wie es in einer Todesanzeige heißt. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Johannisfriedhof in Dresden. Sein Erbe geht zu gleichen Teilen an seine Kinder Curt Bauer und Else Schön. Letztere verkauft 1933 das Schloss an den Landesverein Sächsischer Heimatschutz.

AUSSTELLUNG über Alwin Bauer auf Schloss Weesenstein

Die Ausstellung »Bauer sucht Schloss. Weesenstein in bürgerlicher Hand« erzählt die spannende Geschichte des erfolgreichen Textilunternehmers Emil Alwin Bauer aus Aue, seiner Familie und seiner Firma. Vorgestellt werden auch seine gewagten, aber nie ausgeführten Umbaupläne für das Schloss.

Die Ausstellung ist bis zum 25. Februar 2024 im Schloss Weesenstein zu sehen.

www.schloss-weesenstein.de



Dr. Birgit Finger

Dr. Birgit Finger arbeitet bei den Staatlichen Schlössern, Burgen und Gärten Sachsen. Im Schloss Weesenstein ist sie für das Museum, Sonderausstellungen und Restaurierungen zuständig. Sie hat Kunstgeschichte, Klassische Archäologie und Mittelalterliche Geschichte in Leipzig, London und Dresden studiert. Berufliche Stationen waren das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen und das Institut für Baugeschichte an der TU Dresden.



Foto: N. Millauer

Antrittsbesuch des ukrainischen Botschafters

Der neue ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksij Makejew, besuchte am 9. Februar 2023 Sachsen. Am Vormittag traf er mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler im Dresdner Ständehaus zusammen. Zu Beginn trug sich Makejew ins Gästebuch des Landtags ein, anschließend fand ein etwa einstündiges Gespräch statt. Oleksij Makejew studierte Internationale Beziehungen in Kiew und trat bereits während dieser Zeit in den diplomatischen Dienst seines Landes ein. Als Botschafter in Deutschland folgte er im Oktober 2022 auf Andrij Melnyk.

Juniordoktor zurück im Landtag

Am 13. April 2023 können Schülerinnen und Schüler im Landtag wieder ihren »Juniordoktor« machen. Die Teilnehmer spielen im Parlament eine Plenarsitzung nach und verabschieden Gesetze. Abgeordnete des Parlaments unterstützen die Nachwuchspolitiker dabei. Das Programm des Landtags richtet sich an Kinder der Klassenstufen 6 bis 8. Insgesamt stehen beim Juniordoktor 100 außerschulische Veranstaltungen zur Auswahl. Wer mindestens sieben Stempel gesammelt hat, bekommt am Ende feierlich den Juniordoktor-Titel verliehen.

Anmeldungen über die Internetseite www.juniordoktor.de.



Foto: S. Giersch

Landtagskurier per E-Mail abonnieren!

Den Landtagskurier gibt es nicht nur als gedrucktes Heft, sondern auch als digitale Ausgabe, die man bequem per E-Mail erhalten kann. Das E-Abo im modernen Newsletter-Layout lässt sich am PC und Smartphone öffnen und lesen. Es erscheint mit der Druckausgabe, meist sogar ein paar Tage früher.

Abonniert werden kann der digitale Landtagskurier über die Internetseite des Sächsischen Landtags. Er ist wie die Druckausgabe kostenlos erhältlich. www.landtag.sachsen.de/abo



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

15.03. – 16.03.2023
26.04. – 27.04.2023
31.05. – 01.06.2023
05.07. – 06.07.2023
20.09. – 21.09.2023
08.11. – 09.11.2023
13.12. – 14.12.2023

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Tina Kablau, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 09.02.2023
Gastautorin: Dr. Birgit Finger (Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC
MIX
Papier
FSC® C015385